

# **Gemeinsames Panel der Sektion Politische Ökonomie und dem Arbeitskreis Integrationsforschung**

**DVPW Kongress 2015, Duisburg**

Zeit: Donnerstag, 14-15:30 Uhr

## **Verteilungsfolgen der europäischen Integration: Die sozialen Voraussetzungen von Freiheit und Sicherheit**

In der Präambel des Lissabon Vertrags erklärt die Europäische Union Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit zu universellen Werten, die für alle Bürgerinnen und Bürger gelten sollen. Doch schon Rawls hat darauf hingewiesen, dass formale Rechtsgleichheit nicht den gleichen Wert für alle habe, wenn die materiellen Voraussetzungen für einige fehlten. Insbesondere soziale Ungleichheit gefährde die Verwirklichung gleicher Freiheit. Der Grad an materieller Sicherheit und das Ausmaß sozialer Ungleichheit wird wesentlich durch die mitgliedstaatlichen Sozialstaaten bestimmt. Die EU-Länder unterscheiden sich deutlich im Grad der „De-kommodifizierung“; es finden sich ganz unterschiedliche Wohlfahrtsstaatsmodelle und Spielarten des Kapitalismus unter ihnen. In diesem Panel soll diskutiert werden, wie sich die europäische Integration auf die sozialen Voraussetzungen von Sicherheit und gleicher Freiheit auswirkt.

Am Beispiel der EU Sozialpolitik lässt sich zeigen, dass der EU-Integrationsprozess die nationale Politik inzwischen auf mehrfache Weise beeinflusst. Erstens besteht nicht nur eine eigene, wenngleich rudimentäre EU-Sozialpolitik, sondern auch Regeln in der Wettbewerbs-, Binnemarkt- und Verbraucherpolitik, die den Gestaltungsspielraum nationaler Politik verändern. Daneben hat zweitens die EuGH-Rechtssprechung zu Grundrechten und Antidiskriminierung soziale Rechte geschaffen, die für alle EU-Bürger gelten. Darüber hinaus gibt es drittens indirekte Wirkungen durch die Wirtschafts- und Währungsunion, die der Fiskalpolitik enge Grenzen setzt und die Mitgliedstaaten zu einem Austeritätskurs verpflichtet. In den besonders stark von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffenen Mitgliedstaaten setzt die EU viertens weitgehende Eingriffe in die nationale Arbeitsmarkt-, Tarif- und Sozialpolitik durch. Im Ergebnis beeinflusst die EU in erheblichem Umfang die Verteilungs- und Umverteilungspolitik, und wir möchten diesen Prozess in diesem Panel analysieren.

Wir sind an Papieren interessiert, in denen untersucht wird, welche Verteilungsfolgen die europäische Integration innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten hat. Wie beeinflusst die EU-Politik die materiellen Voraussetzungen von Sicherheit und Gleichheit? Wie verändert sich die Aufgabenteilung zwischen Markt und Staat, welche Verteilungsfolgen hat dies? Infrage kommen Papiere, die etwa untersuchen, wie sich die Troika-Programme auswirken, welche Folgen der Euro-Rettungsschirm hat, aber auch solche, die EU-Politiken und EuGH-Rechtssprechung in den Blick nehmen, die das Verhältnis von Individualrechten und Umverteilung berührt. Schließlich sind Beiträge willkommen, die diskutieren, ob die Legitimation der EU für die von ihr ausgelösten Verteilungsfolgen ausreicht.

Wir bitten bis zum **31.1.2014** um die Einsendung von Abstracts für Vorträge (max. 300 Wörter) an Miriam Hartlapp ([miriam.hartlapp@uni-leipzig.de](mailto:miriam.hartlapp@uni-leipzig.de)) und Armin Schäfer ([armin.schaefer@uni-osnabrueck.de](mailto:armin.schaefer@uni-osnabrueck.de)). Über die Zusammensetzung des Panels wird bis Ende Februar 2015 informiert.